

## Politische Übersicht.

### Das junge Deutschland.

Die Proletarisierung der Bevölkerung vollzieht sich im neu-deutschen Reich in einer gleichzeitigen Verschiebung der Berufsstände. Die Aufzähnung der kleinen selbständigen Existenz durch den gewerblichen Großbetrieb ist verhältnismäßig gering gegenüber den Proletariermassen, die als überschüssige Arbeitskräfte vom platten Lande in die Industrie abströmen und die modernen Großstädte bilden helfen. In den Jahren 1882 bis 1895 hat die Zahl der Selbständigen in der Landwirtschaft sogar unerheblich zugenommen, die Zahl der Selbständigen in der Industrie hat sich nur um rund 150000 Erwerbstätige vermehrt.

Wohl aber hat das Proletariat in Industrie und Handel um 5% Millionen Köpfe zugenommen. Das bedeutet, daß so ziemlich der gesamte Bevölkerungszuwachs dem städtischen Proletariat zu gute gekommen ist. Die gesamte Bevölkerungszahl in Deutschland hat sich um 6%, Millionen Köpfe vermehrt, die Kopfzahl der Landwirtschaft ist um 700000 Köpfe zurückgegangen. Dem entspricht auch, daß die Zahl der Arbeiter und Angestellten in Industrie und Handel in diesen Jahren um 2% Millionen Erwerbstätige (nicht Köpfe) gewachsen ist. Die Landwirtschaft ist also das große Quellgebiet, aus dem die städtischen Berufe ihre Arbeitskräfte bezogen haben; der Proletarisierungssprozeß der letzten Jahrzehnte in Deutschland stellt sich überwiegend als ein massenhafte Verschiebung zwischen ländlicher und städtischer Bevölkerung dar.

Es ist nicht uninteressant, mit diesem neuen Deutschland, das sich in der großstädtischen Bevölkerung angesammelt hat, die Wahlberechtigten der früheren Legislaturperioden zu vergleichen. Die Wahlberechtigten betragen im Deutschen Kaiserreich erfahrungsgemäß rund 20 Prozent der Bevölkerungsziffer. Es fragt sich nun, wie sich in den Jahren 1882—1895 das natürliche Wachstum der Wahlberechtigten auf die verschiedenen Parteien verteilt hat. Darauf gibt diese Tabelle die Antwort:

Bürgerl. Parteien	Sozialdemokratie
1881: 4 786 749	311 961
1884: 5 112 867	549 900
1887: 6 777 810	768 128
1890: 5 801 244	1 427 208
1893: 5 887 235	1 785 788
1898: 5 645 617	2 107 076

In den achtzig Jahren geht die Verteilung des Stimmenzuwachses noch scheinbar parallel, zumal die Karnevalswahlen des Jahres 1887 den deutschen Spießer zu einer wütenden Strafanstrengung aufgepeitscht hatten. Dann aber bleiben die bürgerlichen Stimmen stehen, und im Jahre 1898 tritt sogar ein erheblicher Rückgang ein. Der natürliche Zuwachs der Wahlberechtigten entfällt einseitig auf die Sozialdemokratie, genau wie der Bevölkerungszuwachs ausschließlich dem Proletariat zu gute kommt. Was bedeutet das?

Das bedeutet ein neues Deutschland, das junge Deutschland. Die alte bürgerliche Welt verschläft in Stillstand und geht zurück, die neue proletarische Welt wächst, schreitet fort, stürmt voran. Sie wächst an Masse, an Zahl; die gesamte Volkskraft strömt ihr zu, eine ganz neue Generation wächst hier hervor, und diese bildet eine neue politische Macht — die Sozialdemokratie. Es gibt keine Gewalt, die diesen Entwicklungssprozeß aufhalten könnte. Es gibt keine Macht, die dem Siegeszug der Sozialdemokratie in die Bügel zu fallen vermöchte. Selbst wenn das Reichstagswahlrecht geändert, die Vertretung der Sozialdemokratie im Reichstag besiegelt, die Sozialdemokratie als politische Partei unterdrückt würde, — das Proletariat bleibt, wächst, siegt; die alte Welt steht still, geht zurück, vergeht. Der neuen Welt, dem jungen Deutschland gehört die Zukunft. Es geht vorwärts. Unaufhaltsam!

### Eine alte Geschichte.

Es sieht böse aus im Gefangenhaus des Ordungslüngels. Es fehlt an Mannschaft, an Munition und an „geistigen Waffen“. Offiziere, Feldwebel und Unteroffiziere sind schwere Menge, auch eine bunte Auswahl von staatsmännisch komponierten Parteiformen; aber das Rüstzeug fehlt, und so muß man aus den ältesten Zeughäusern und Museen die altherwürdigsten Steinschlossgewehre, Tomahawks und Hellschimboden herunterholen, um dem Landsturm der Patrioten etwas in die Hände zu geben. Die Stummische Post entwidelt ein besonderes Talent in dieser Plünderung der alten Arsenale, und das Leipziger Tageblatt folgt dem Schriftstellerorgan auf diesen Wegen andächtig nach. Es wird nicht mehr lange dauern, daß der Volkstaat und das Demokratische Wochenblatt wieder einmal

glaubte sie mir blindlings, wenn ich ihr sagte: Ich muß nach München oder Berlin oder Hamburg oder sonstwohin verreisen.

Vor etwa einem Vierteljahr erfuhr sie — auf welche Weise, das weiß ich noch heute nicht — die Wahrheit. Sie war wie erstarrt. Sie klagte nicht, sie machte mir keine Vorwürfe. Aber die Szene, die ich mit ihr hatte, war furchtbar. Erlassen Sie mir die Einzelheiten. Es endigte damit, daß ich ihr mein Ehrenwort gab, nie wieder zu spielen. Bugleich beschlossen wir, daß Städtchen zu verlassen und uns anderswo niederzulassen. Es traf sich eine gute Gelegenheit, mein Haus zu verkaufen, und in wenigen Wochen waren wir zur Übersiedlung fertig.

Geraade in dieser Zeit bekam ich einen neuen Unfall von dem unseligen Sieber. Ich dachte nicht daran, daß meiner Frau gegebene Wort zu brechen, auch hätte ich eine heimliche Reise, wie sie mir früher gelungen waren, nicht mehr machen können, ohne daß meine Frau die Wahrheit entdeckt hätte. Aber der Gedanke schoß mir durch den Kopf: Wie, wenn ich sie dazu brächte, mich meines Wortes zu entlassen und womöglich mit mir zusammen zu einem einzigen letzten Versuch in großem Stil nach Monte Carlo zu gehen?“

4.

Der Spieler schwieg; er schien in ein tiefes Nachdenken zu versinken; mechanisch stieß er mit den Füßchen nach kleinen Stielen auf dem Erdboden. Plötzlich schien er sich meiner Gegenwart erst wieder bewußt zu werden; er stieß ein halblautes „Ach so!“ hervor, wischte gelegen. Ein gutes Frühstück, ein Spaziergang in dem

auf Trümmern unterricht werden. Heute schon geht das Leipziger Tageblatt mit der Abstimmung Bebels und Liebknechts zur ersten Kriegsanleihe hausein.

Bekanntlich haben sich Bebel und Liebknecht bei der Entscheidung über die erste Kriegsanleihe im Deutschen Reichstage unter Abgabe einer motivierten Erklärung der Abstimmung enthalten. Diese Haltung entsprach durchaus der Stellungnahme der deutschen Arbeiterschaft zum deutsch-französischen Krieg. Die deutsche Arbeiterschaft war in dieser Frage gespalten. Der Ausschuss der sozialdemokratischen Arbeiterpartei (Eisenacher Richtung) betonte in einem Aufruf an die Parteigenossen die Verpflichtung, „als Deutsche für Deutschland einzutreten“, während große Arbeiterversammlungen in Nürnberg, in Fürth, in Leipzig, in Dresden gegen diesen „deutschen Chauvinismus“ protestierten. Bebel und Liebknecht, die ganz zutreffend in dem neuen Krieg nur die Fortsetzung des deutschen Bruderkriegs von 1866 sahen, weigerten sich, der Bismarcksche Blut- und Eisenpolitik durch die Unstethbewilligung ein Vertrauensvotum anzustellen und die Ereignisse von 1866 dadurch nachträglich zu legitimieren. Sie standen auf großdeutschem Standpunkt, wie übrigens die besten Überlebenden der bürgerlichen Demokratie, vor allem Johann Jacoby.

Das Misstrauen, das Bebel und Liebknecht der Bismarckschen Gewaltspolitik entgegenbrachten, wurde schon nach wenigen Wochen gerechtfertigt. Nach Sedan, nach der Proklamation der französischen Republik in Paris, war der Verleidigungskrieg gegen Napoleon, den die preußische Thronrede vom 19. Juli proklamiert hatte, gegenstandslos geworden, und der Eroberungskrieg gegen das französische Volk begann. Wenn die Bismarcker jetzt einen billigen Frieden mit der französischen Nation geschlossen hätten, könnten sie heute vielleicht mit einem Schein des Rechts eine Stimmenthaltung gegen die Sozialdemokratie auspielen. Durch die Fortsetzung des Kriegs haben sie dieses Recht verwirkt, denn sie haben dadurch der Welt bewiesen, daß der Krieg gegen Napoleon von Anfang an als ein Ungriffskrieg gegen die französische Nation gemeint und daß der angebliche „Überfall“ Napoleons nur ein billiger Vorwand, eine dynastische Legende war. Die Fortsetzung des Kriegs wurde damit zur Rechtfertigung des Verhaltens von Bebel und Liebknecht im deutschen Reichstag.

Dies drückt sich auch darin aus, daß bei der Abstimmung über die zweite Kriegsanleihe, welche nun offen mit der Annexion der französischen Provinzen motiviert wurde, Bebel und Liebknecht diese neue Auseinander verwarfen und jetzt auch die Arbeitervertreter Lassalleanscher Richtung, Schweizer, Hosenklever, Friese und Wende, sowie einige bürgerliche Abgeordnete sich zu den „Hochverrätern“ gesellten.

Die späteren Enthüllungen über die geheime Vorgeschichte des deutsch-französischen Kriegs haben die Haltung Bebels und Liebknechts noch weiter gerechtfertigt. Die Fälschung der Emperorsche durch Bismarck, seine eigenen Neuerungen burschlichen Übermuts sowie die mehr diplomatischen Neuerungen seiner Vertrauten, lassen es heute als geschichtlich feststehende Tatsache erscheinen, daß Bismarck nach den Verträgen, die aus Frankreich seit dem Jahre 1869 bei ihm eilferten, den Ausbruch einer Revolution in Paris erwartete, und daß er dieser europäischen Katastrophe, die die Throne des ganzen Kontinents erschüttert hätte, durch einen Ungriffskrieg gegen Napoleon zuvorkommen wollte. Bismarck hatte diesen Feldzug als einen dynastischen, als einen konterrevolutionären Krieg geführt, und er trug sich noch während des Kriegs ernstlich mit dem Plane, den Gefangen von Wilhelmshöhe mit preußischen Bajonetten auf seinen Thron zurückzuführen. Verhälbi hat es noch jüngst in seinen Denkwürdigkeiten ausgesprochen, daß Bismarck die Notwendigkeit einer europäischen Revolution einsah und daß er es im Kreise seiner Vertrauten offen aussprach, daß diese Revolution, wenn sie doch einmal kommen müsse, mit Preußen und für Preußen und nicht gegen Preußen gemacht werden sollte.

Man kann in der Geschichte nie die Gegenprobe machen. Über alle zeitgenössischen Dokumente aus jenen Tagen, die Bismarcksche nicht ausgeschlossen, lassen es als wahrscheinlich erscheinen, daß ohne den Krieg von 1870/71 der Dezemberthron in Paris bald zusammengebrochen wäre und daß dieses Ereignis den Anfang einer europäischen Umwälzung bedeutet hätte. Wir würden heute wohl andere, bessere Zustände in Deutschland, in ganz Europa, haben, wenn die Bismarcksche Gewaltspolitik damals nicht die Karten der Geschichte durcheinander geworfen hätte.

Möglicherweise wäre dann sogar das Leipziger Tageblatt heute radikal-liberal und würde in Bebel und Liebknecht die Vorläufer einer großdeutschen Revolution feiern.

sich mit der Hand über Stirn und Augen und sprach weiter:

„Etwa vier Wochen später traf ich mit meiner Frau in Monte Carlo ein. Ich will Ihnen nicht all die Gründe aufführen, mit denen ich sie unaufhörlich bearbeitet hatte: daß ich bisher mit zu kleinem Spielkapital an die Versuche herangegangen sei; daß ich nicht die nötige Zeit und Ruhe dazu gehabt habe; daß ich auch durch die Heimlichkeit meiner Reisen und ein gewisses Schuldbewußtsein nervös gemacht worden sei, und so weiter. Sie sah, wie sehr ich in meinem inneren Kampf litt, und sie gab nach. Eine Summe von fünfzigtausend Franken, die allerdings einen beträchtlichen Teil meines Vermögens bildete, deren Verlust ich aber immerhin verschmerzen konnte, wurde für den Versuch bestimmt, und eine Zeitdauer von höchstens drei Monaten dafür angelegt. Ich gab ihr mein heiligstes Ehrenwort darauf, daß ich nicht einen Sou mehr riskieren und nicht einen einzigen Tag über den Termin hinaus bleiben würde.“

Wir kamen an und stiegen in dem gleichen Hotel ab, in dem ich bei meinen früheren Besuchen schon immer gewohnt hatte. Ich war in einer unvergleichlichen Stimmung von Glück und Wohlbehagen, daß ich endlich einmal offen und ehrlich meiner Neigung nachgehen durfte, und auch Maria, die auf der Reise in gedrückter Stimmung gewesen war und noch in Paris, wo wir einen kurzen Aufenthalt gemacht, mich gebeten hatte, wir wollten lieber umkehren, auch Maria kam in eine fröhlichere Laune, als sie sah, wie sehr dieser Wunsch mir am Herzen war. Sie stieß ein halblautes „Ach so!“ hervor, wischte gelegen. Ein gutes Frühstück, ein Spaziergang in dem

## Deutsches Reich.

### Der Fall Hühner.

Das Echo, das die Nieler Verhandlungen in der bürgerlichen Presse gefunden haben, ist für den Klasseninstinkt der militärfreien Bourgeoisie sehr bezeichnend. Um das System zu reiten, verurteilen sie die Person um so schärfer. Selbst ein so subalternes Scharfmacherblatt, wie die Berliner R. Nach., befolgen diesen Kniff. Sie nennen die That Hühners einen Alt verdächtlichen Feigheit und abschulicher Brutalität, um im selben Atemzug die Bemerkungen der sozialdemokratischen Presse gegen die Wurzel alles Übels, gegen das militärische System als „Verleumdungen“ zu bezeichnen. Die ebenso hochstilige wie einfältige Tägliche Mundschau deutet an, daß solche Blätter sich am einfachsten daraus erklären, daß immer mehr der Erfolg des Offizierskorps aus Schichten kommt, in denen die militärische Überlieferung mangelt. Mit anderen Worten, nur wer, wie unsere Junker, von Haus aus gewöhnt ist, die „Bauernlümmele“ auf dem bürgerlichen Gutshof zu schinden, nur der hat die nötige „militärische“ Überlieferung. Herr Orlitz in seiner Tageszeitung meint, mit dem Urteilsspruch sei dem allgemeinen Nachbewußtsein Genüge geschehen. Im übrigen führt er die Dinge nur auf einen „ungläublichen Zufall“ zurück. Seinen Prügelstock steht er, wie man sieht, sofort ein, sobald es sich um Leute der „besseren“ Stände handelt.

Die Kölnische Zeitung, die sich burleskerweise immer noch „liberal“ nennt, hat eine Empfindung dafür, daß die öffentliche Meinung das Urteil als viel zu milde bezeichneten wird. Sie bemüht sich, dieser Auschauung entgegenzutreten, eine präzisere Instruktion über den Waffengebrauch werde solche Fälle in Zukunft unmöglich machen.

In der wirklich liberalen Presse wird unterschiedslos das Urteil als viel zu milde bezeichnet. Die National-Zeitung ist auch nicht blind genug, um zu erkennen, daß das System die Haupthandlung trägt. Sie schreibt:

In dieser Beziehung (gemeint ist der Waffengebrauch) aber hat nun der Kriegsgerichtshof dem Hühner doch offenkundige Zuflucht geschenkt. Dadurch ist seiner Auffassung von der harten, harten Soldatenpflicht in gewissem Grade eine Billigung erteilt worden, die im Verein mit dem Verlauf der Verhandlungen dem Gedanken Nahrung gibt, daß Hühners falsche Auffassung der Instruktion nicht so ganz als selbstverschuldet zu betrachten ist.

Auch die Frankfurter Zeitung spricht von der Milde des Gerichts und fügt hinzu: Diese Milde bildet aber auf der andern Seite die allerschärfste Verurteilung des militärischen Erziehungssystems; denn sie wird nur verständlich durch die Rücksicht auf das ganze Milieu, aus dem heraus der Angeklagte zu seinen verkehrten „Chrenanschauungen“ kam.

Die Parteipresse ist sich, soweit wir übersehen können, nicht nur darüber einig, daß das Urteil ganz außerordentlich milde ist, sondern auch, daß der Verurteilte in relativ kurzer Zeit begnadigt werden wird. Die Zukunft wird beweisen, daß sie Recht hat.

### Chronik der Majestätsbeleidigungssachen.

Die Verurteilung unseres Genossen Waberly vom Hamburger Echo zu drei Monaten Festungshaft ist nicht nur wegen des Strafmordes erwähnenswert — Festungshaft wurde bisher nur bürgerlichen Majestätsbeleidigern zugewilligt — sondern auch noch wegen anderer Umstände. Die Anklage kam zu Stande auf Drängen der preußischen Staatsanwaltschaft zu Altona, denn weder die Hamburger Polizei noch die Hamburger Staatsanwaltschaft konnte in der Plauderei, die der Verhandlung zu Grunde lag, eine Beleidigung Wilhelms II. erblicken. Aus dem Plädoyer des Staatsanwalts ist der Satz noch erwähnenswert: Die Vorstrafen des Angeklagten können bei der Strafausmessung weniger in Betracht, denn der Beruf eines Redakteurs bringt Strafen mit sich. Diese Auffassung bedeutet einen Fortschritt und ist jedenfalls bei weitem vernünftiger als die andere, nach der dem Angeklagten Redakteur die sämtlichen Vorstrafen der Zeitung auf Konio zu setzen seien. Wegen Beleidigung der Kaiserin ist in Hirschberg ein Schlosser zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt worden.

\* Berlin, 28. Mai. Die National-Zeitung schreibt, daß preußische Kultusministerium plane für die Weltausstellung in St. Louis die Veranstaltung einer Unterrichtsausstellung. Zur Vorbereitung habe der Minister sich mit angesehenen Körperschaften ins Vernehmen gesetzt.

Die Kabinetts der Kaufmannschaft beschlossen, an die Handelskammer und den Handelsminister eine Rechtsverwahrung gegen die neue Börsenordnung zu übersenden.

Mit dem festen Vorsatz, an diesem Tage nicht zu spielen, betrat ich das Kasino. Über wie wenn es vor zwei Stunden gewesen wäre, erinnere ich mich noch des Triumphgefühls, womit ich mich im Vestibül umschau und beim Anblick der Duhende von Damen dachte: Wenn ihr wüßtet, daß hier der Mann vor euch steht, der mit fünfzigtausend Franken in der Tasche den Kampf gegen die Millionen der Spielbank aufnehmen und vermöge seines unfehlbaren Systems täglich ein kleines Vermögen als Gewinnst mit nach Hause nehmen wird. Auf einmal war ich im Spielsaal, dann sah ich an einem der Tische zu; dann setzte ich selbst mit; dann verlor ich eine Kleinigkeit; im Nu waren es ein paar Hundert; um diese wieder zu gewinnen, opferte ich ein paar Tausend, und so ging es weiter. Fast im Handumdrehen hatte ich alles verloren, was ich bei mir hatte — und das waren just die fünfzigtausend Franken, mit denen ich die Bank bekämpfen wollte.

(Fortsetzung folgt)